

Rathaus-Journal

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

nach zwei Jahren Zwangspause haben wir eine tolle Karnevalssession hinter uns und die Fastenzeit bereitet uns auf das Osterfest vor.

In dieser Ausgabe widmen wir uns schwerpunktmäßig der „Halbzeitbilanz“ von Bonns grüner Oberbürgermeisterin und der sie tragenden Stadtratsmehrheit aus Grünen/SPD/Linken/Volt. Die Hälfte der Ratsperiode liegt hinter uns und der Blick zurück schärft zugleich auch den selbstkritischen Blick, ob wir als CDU unserer Oppositionsrolle angemessen nachgekommen sind und wo Verbesserungsbedarf im eigenen Handeln liegt.

Die in Bonn sichtbaren Veränderungen betreffen vornehmlich die Verkehrsführung. Der Ärger der Einen mag dabei die Freude der Anderen sein. Doch die einseitige Bevorzugung des Radverkehrs und das Ignorieren jeglicher Kollateralschäden enttäuscht viele Menschen. Wo bleibt eine spürbare Verbesserung des ÖPNV? Wo die Quartiersgaragen für entfallene Parkmöglichkeiten? Und ist eine finanzielle Fokussierung auf die im Klimaplan vorgesehenen Maßnahmen alterna-

tivlos und auch sozial gerecht?

Wie steht es um die erforderliche stärkere finanzielle Unterstützung im Bereich der Kinderbetreuung, wie um die Sauberkeit und das Sicherheitsempfinden in unserer Stadt oder um den Neubau von bezahlbaren Wohnungen? Wegen diverser Missstände jagt ein „Krisengipfel“ den nächsten „runden Tisch“, doch werden letztgenannte nicht mehr durch die Stadtverwaltung, sondern durch Akteure aus der Stadtgesellschaft initiiert.

Die Oberbürgermeisterin erhöht den städtischen Personalapparat um hunderte Stellen und legt - zu Lasten kommender Generationen - einen Haushalt vor, der unsere Verschuldung (beginnend mit ihrem Amtsantritt und bis zum Jahr 2027) verdoppeln wird. Dabei bildet der Haushalt uns bekannte Risiken nicht einmal annähernd angemessen ab. Die Gewerbesteuern sollen unmittelbar nach der nächsten Kommunalwahl steigen, weitere Steuererhöhungen sind absehbar.

Lassen Sie uns zu diesen, aber gerne auch allen anderen Themen, die Sie



Guido Déus MdL

Vorsitzender der Stadtratsfraktion

bewegen, ins Gespräch kommen. Unter „sprechstunde@cduratsfraktion-bonn.de“ oder Telefon 0228-772044 nehmen wir Ihre Anliegen gerne entgegen.

Ihnen allen ein friedliches Osterfest!



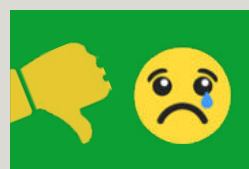
Ihr Guido Déus MdL



Ordnungsamt stärken
Seite 2



Kitas & Jugendhilfe
Seite 3



Halbzeitbilanz OB
Seite 4/5



Zusätzliche Stellen für den Stadtordnungsdienst

Foto: © animaflopp/stock / 123RF.com

Sicherheit und Sauberkeit sind die Grundpfeiler einer jeden Stadt, in der Bürgerinnen und Bürger gerne leben, sich wohlfühlen und auch engagieren.

Laut Kriminalstatistik 2022 sind die Fallzahlen in Bonn u. a. im Bereich der Straßen- und Gewaltkriminalität im Vergleich zu den Vorjahren angestiegen. Beschwerden und Rückmeldungen aus der Bürgerschaft zeigen, dass auch das subjektive Sicherheitsempfinden im öffentlichen Raum, insbesondere an Brennpunkten, unzureichend ist. Hier gilt es, zeitnah zu handeln und Gegenmaßnahmen zu ergreifen, um Kriminalitätsdelikte zu bekämpfen und das Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger zu stärken. Ein Baustein, Kriminalität zu be-

kämpfen, ist ein gut aufgestellter, strukturierter und organisierter Ordnungsdienst – gleiches gilt selbstverständlich auch für die Polizei.

Nachdem die CDU-Fraktion durchsetzen konnte, dass der Streifen-dienst und die Wache GABI in einem ersten Aufschlag mit 50 Bodycams ausgestattet wurden, haben wir nun beantragt, zeitnah ein viertes Einsatzfahrzeug für den Ordnungsaußendienst bereitzustellen sowie mindestens zehn zusätzliche Stellen einzurichten. Durch das zusätzliche Fahrzeug sowie die weiteren Stellen kann der Ordnungsdienst mit mehr Personal vor Ort tätig werden, verstärkt Präsenz im Stadtgebiet zeigen und flexibler auf aktuelle Problemlagen reagieren.



David Lutz

Stellv. Fraktionsvorsitzender

Wir hoffen, dass auch die grün-linke Koalition den gebotenen Handlungsbedarf sieht und unseren Antrag mitträgt.



Richtige Prioritäten: Kitas & Jugendhilfe

Jetzt in Kitas und Jugendliche investieren!

Foto: © racorn / 123RF.com

Für die Kitas gibt es zwei existenzgefährdende Probleme: die Finanzierung und den Fachkräftemangel.

CDU bereits im letzten Jahr beantragt, was damals aber durch die grün-linke Ratsmehrheit und die OB abgelehnt worden ist.

Die Träger brauchen sofort eine auskömmliche Finanzierung, um Schließungen oder weitere Einschränkungen zu vermeiden. Hierzu hat die CDU einen Dringlichkeitsantrag gestellt.

Die Stadt muss den Kitas der freien Träger helfen!

Genauso wichtig wie die Fachkräfteakquise ist die Bindung von vorhandenen Fachkräften, etwa durch die Schaffung attraktiverer Arbeitsbedingungen und ein effektives Gesundheitsmanagement.

Außerdem hätten längst schon einige Maßnahmen zur Unterstützung der Kindertagesstätten eingeleitet werden können. So kündigt eine städtische Pressemitteilung jetzt u. a. eine gemeinsame Kampagne zur Gewinnung von Kita-Personal für freie Träger und städtische Kitas an. Das hatte die

Ein funktionierendes Betreuungsangebot in Kitas ist ein Garant für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Auch Jugendliche, die gerade durch Corona benachteiligt wurden, dürfen nicht vergessen werden. Daher



Feyza Yildiz

Jugendpolitische Sprecherin

werden wir, wie bereits im Jugendhilfeausschuss beschlossen, die Mittel für den Jugendförderplan von 300.000 auf 1 Mio. Euro erhöhen.

Altpapier: CDU beantragt kürzere Leerungsintervalle



Julia Polley

Mitglied im Umweltausschuss

Durch den Wegfall der bisherigen Bündelsammlung neben der blauen Tonne stehen viele Privathaushalte und Gewerbetreibende vor einem Entsorgungsproblem von Altpapier. Daher hat die CDU-Ratsfraktion einen Antrag auf Prüfung kürzerer Leerungsintervalle der blauen Altpapiertonne gestellt, welcher bereits im Umweltausschuss einstimmig angenommen wurde. Die CDU kann sich gut vorstellen, die Leerungsintervalle auf drei oder sogar zwei Wochen zu erhöhen. Darüber hinaus soll geprüft werden, weitere Altpapiercontainer mit entsprechenden Leerungsintervallen aufzustellen.

Auf Nachfrage der CDU wurde von bonnorange zugesagt, den Händlern und Gastronomen in der Bonner Innenstadt entgegen zu kommen und zeitnah Einzelfalllösung zu finden, das Altpapier zu entsorgen. Hierzu können sich Betroffene an kundenservice@bonnorange.de wenden.

Dies entlastet nicht nur die Gewerbetreibenden, sondern sorgt auch für eine ansehnliche Innenstadt. Darüber hinaus kann es unter dem Aspekt von Klima- und Umweltschutz nicht in unserem Sinne sein, Altpapier zusätzlich mit dem PKW entsorgen zu müssen.

Aufbau einer Hebammenambulanz in Bonn



Georg Goetz

Sozialpolitischer Sprecher

Die Situation in der Geburtshilfe hat sich in der Region durch die Schließung einiger Geburtsstationen und durch den Personalmangel deutlich verschlechtert. Zweifellos ist es die Aufgabe von Land und Bund dieser Entwicklung mit einer Krankenhausreform entgegenzuwirken, die weniger auf die Finanzierung durch Fallpauschalen setzt, sondern viel mehr die Vorhaltekosten, z. B. für Kreissäle und Bereitschaftsdienste, berücksichtigt.

Aber nicht nur die klinische Geburtshilfe muss in der Region Bonn/Rhein-Sieg sichergestellt werden. Zu einer verlässlichen Versorgung

der werdenden Mütter vor, während und nach der Geburt zählen auch außerklinische Unterstützungs- und Beratungsangebote, die durchaus auch kommunal finanziert werden können.

In Bonn haben sich einige Hebammen zusammen Gedanken zu einer Verbesserung der Situation gemacht und im Mai 2022 ein Konzept für eine Hebammenambulanz im Bonner Norden vorgestellt. Die CDU-Ratsfraktion unterstützt dieses Konzept und beantragt in den Haushaltsberatungen die Bereitstellung der dafür erforderlichen finanziellen Mittel.



Verkehrsch caos erzeugt!

- Einseitige Bevorzugung des Radverkehrs anstatt partnerschaftliche Verkehrskonzepte
- Ignorieren der Bedürfnisse der Fußgänger (z. B. Fußgängerzone Friedrichsstraße)
- Straßensperrungen ohne alternative Verkehrsführungen (z. B. Kappung Cityring, Rheinufer)
- Wegnahme von Autospuren auf Hauptverkehrsachsen (z. B. Herman-Wandersleb-Ring, Oxfordstraße)



ÖPNV-Ausbau vernachlässigt!

- Leistungsfähigkeit der Stadtbahnlinie 63 reduziert
- Beschleunigung der Stadtbahnlinie 66 leichtsinnig verspielt
- ÖPNV-Ausbau Fehlanzeige
- Tarifdschungel fortgeführt
- Park & Ride-Konzepte fehlen
- Mobilitätshubs lassen auf sich warten



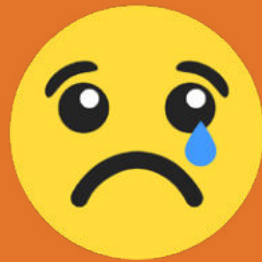
Neuer Wohnraum? Fehlanzeige!

- Neubaugebiete sind nicht mehr im Fokus
- Beschleunigung von Genehmigungsverfahren nicht in Sicht
- Nachverdichtung ohne Augenmaß erzeugt soziale Spannungen
- Bauprojekte werden verzögert (z. B. Wohnpark II, An den Lappenstrünken)

Halbzeitbilanz

der Oberbürgermeisterin

und ihrer grün-linken Koalition



Kostenexplosion: Alles wird teurer!

- Anwohnerparken wird 12 x teurer - bei gleichzeitig massivem Wegfall von Parkraum
- Parkraumkonzepte = nur noch bezahltes Parken
- Erhöhte Eintrittspreise bei Schwimmbädern, aber keine Sanierung
- Gewerbesteuererhöhung ab 2026 und weitere Steuererhöhungen absehbar



Wirtschaft links liegen gelassen!

- Letzter großer Gewerbepark wird nicht entwickelt
- Innenstadtentwicklung sträflich vernachlässigt
- Mangelnde Unterstützung von mittelständischen Unternehmen und des Bonner Einzelhandels
- Kein wirtschaftspolitisches Konzept
- Durchführung von beliebten Veranstaltungen werden erschwert bzw. teilweise torpediert



Falsche Prioritäten!

- Klimaschutzmaßnahmen stehen finanziell und personell über allem - bei gleichzeitiger Vernachlässigung von anderen Bereichen (u.a. Soziales, Kinder und Jugend, Sicherheit, Sauberkeit)
- Verdoppelung der städtischen Verschuldung zu Lasten kommender Generationen
- Ideologie getriebene Spaltung der Gesellschaft anstatt partnerschaftliches Miteinander



Die Mobilität in Bonn und der Region steht auf dem Spiel

Foto: © animaflopicstock / 123RF.com

Es vergeht kaum ein Tag ohne Meldungen über Verkehrsstaus und marode Verkehrsinfrastruktur. Angesichts weiter steigender Zulassungszahlen für Kfz und deprimierender Mitteilungen über den Zustand des ÖPNV sind deshalb die Sanierung und der Erhalt eines belastbaren Straßennetzes unverzichtbar. Die dagegen vorgebrachte Auffassung, dass der Ausbau dringend benötigter Straßenverkehrsinfrastruktur weiteren Verkehr „anziehen“ würde, ist absurd. Der Verkehr ist schon da!

Aufgabe einer vorausschauenden Verkehrspolitik ist es vielmehr, den vorhandenen Verkehr in einem tragfähigen und belastbaren Netz richtig zu verteilen. Die Mitteilung der Autobahn GmbH, dass die Sanierung und der Ausbau der A 565, insbesondere, der Neubau der Brücke des heutigen „Tausendfüßlers“ in Bonn-Endenich erst 2025 beginnen soll, ist daher für alle Pendler und diejenigen, die angesichts der schlechten ÖPNV-Verbindungen weiter auf das Kfz angewiesen sein werden, besorgniserregend. Das Schlimmste, was passieren könne, sei eine Vollsperrung oder nur teilweise Befahrbarkeit des maroden Brückenbauwerks, so die Autobahn GmbH.

Bautechnisch sei die Brücke Tausendfüßler schon ab 2022 nur noch eingeschränkt, insbesondere für den Schwerlastverkehr, nutzbar. In Kenntnis dieser Umstände und ihrer dramatischen Folgen für die Mobilität und die Stausituation in Bonn

und möglichen Umleitungsverkehr durch die Bonner Innenstadt plädiert die Bonner Oberbürgermeisterin trotzdem in ihrer Stellungnahme im Planfeststellungsverfahren für eine „umfassende“ Überarbeitung des Planwerks. Die dringend notwendige Sanierung des Brückenbauwerks darf aus Sicht der CDU-Fraktion aber nicht weiter verzögert werden, fordern der planungspolitische Sprecher und Mitglied des Regionalrates, Bert Justus Moll, und der verkehrspolitische Sprecher Jürgen Wehlus.

Wichtige Maßnahmen zur Verringerung der Lärmemissionen können auch begleitend zur Sanierung durchgeführt und umgesetzt werden. Hierzu zählen Maßnahmen der Reduzierung der Geschwindigkeit auf dem gesamten Streckenabschnitt der A 565 auf Bonner Gebiet sowie wirksame Lärmschutzwände. Wegen ihrer hohen Bedeutung als Wirtschaftsstandort und als Transitstrecke für den Waren- und Dienstleistungsverkehr in Europa wird die Region Köln/Bonn auch weiterhin auf ein leistungsfähiges Straßen- und Autobahnnetz angewiesen sein.

Von großer Bedeutung für die Entlastung des Bonner Verkehrsraums sind daher die Planung und der Bau der sogenannten „Rheinspange“ zwischen der A 59 und der A 555 im Bereich der heutigen Anschlussstelle Wesseling. Dort soll zwischen Wesseling-Urfeld und dem Shell-Gelände die Rheinspange dann in einen Tunnel übergehen. Der Tunnelausgang der Autobahn-



Bert Justus Moll
Planungspolitischer Sprecher

verbindung soll mit der Vorzugsvariante 6aT auf der anderen Seite des Rheins im Bereich des Kreisverkehrs der Landesstraße 269 nordwestlich von Niederkassel liegen.

Es liegt jetzt in der Verantwortung der Ampelkoalition in Berlin, dass sowohl der Ausbau der A 565 als auch der Neubau der „Rheinspange“ nicht nur zeitnah geplant, sondern auch durch entsprechende Ausbaugesetze mit entsprechender Finanzierung realisiert werden können. Für Bonn und die Region ist zu hoffen, dass sich Grüne, SPD und FDP dieser Verantwortung bewusst sind.



Seniorinnen und Senioren kommunal unterstützen

Foto: © stylephotographs / 123RF.com

Die erfreuliche Nachricht, dass die Lebenserwartung in Deutschland steigt und die Menschen immer älter werden, ist keine brandaktuelle Neuigkeit mehr.

Die CDU beschäftigt sich schon seit einigen Jahren mit den politischen Konsequenzen, die mit diesem demographischen Wandel verbunden sind. Auch die jüngsten Erfahrungen in der Corona-Pandemie, in der insbesondere die Arbeit der Seniorenbegegnungsstätten deutlich heruntergefahren werden musste, legen den Schluss nahe, dass es hier neue Formate braucht.

In anderen Kommunen werden bereits moderne Modelle in der Seniorenpolitik umgesetzt. Zwar gibt es in Bonn bereits einzelne

Angebote und Projekte, mit meist Stadtteil orientiertem Charakter, z. B. Kreis junge Alte, Repaircafés, Senior Experten Service, Miteinander-Füreinander. Was aber fehlt, ist ein stadtweites Konzept und eine kommunale Förderung zur Koordination und Unterstützung dieser Seniorennetzwerke bzw. einer Seniorenbeteiligung.

Durch die Oberbürgermeisterin wurde bereits ein Programmbüro Soziale Gerechtigkeit eingerichtet, bei dem bereits Projekte zur Kinderbeteiligung angesiedelt sind. Auf die Seniorenpolitik muss aus CDU-Sicht ein weiterer Schwerpunkt gesetzt werden.

Was noch fehlt, ist ein Etatansatz im städtischen Haushalt. Aus diesem



Dr. Ursula Sautter
Bürgermeisterin

Grund hat die CDU-Fraktion einen entsprechenden Änderungsantrag in die Haushaltsberatungen eingebracht.



Frohe Ostern!

CDU
Ratsfraktion Bonn

**Für Ihre Anliegen haben wir
immer ein offenes Ohr!**

sprechstunde@cduratsfraktion-bonn.de

Julius-Plücker-Straße

1 - 23

Kein Parkverbot in der Julius-Plücker-Straße!

Sie hat es schon wieder getan: Die Koalition in der Bezirksvertretung Bonn aus Grünen, SPD und Die Linke hat mit Unterstützung von Volt und den Vertretern von ‚Die Partei‘ Parkplätze im öffentlichen Straßenraum ersatzlos gestrichen. Und nicht zu knapp: rund 40 Parkplätze in einer Straße. Ohne Not!

Dieses Mal geht es um die Julius-Plücker-Straße in Kessenich. In diesem reinen Wohnviertel besteht schon seit Jahrzehnten hoher Parkdruck, der nicht durch Parkgaragen kompensiert werden kann. Die Anwohnerinnen und Anwohner arrangieren sich mit dieser schwierigen Gegebenheit und es herrscht ein gutes nachbarschaftliches Miteinander zwischen Fußgängerinnen und Fußgängern sowie Rad- und Pkw-Verkehr. Wohlgemerkt: Es handelt sich um eine Straße, die ausschließlich mit Mehrfamilienhäusern bebaut ist. Kein Wunder, wenn man die Straße nicht kennt, denn es gibt keinen Grund durch sie zu fahren, wenn man dort nicht jemanden besuchen möchte.

Fakt ist: Durch die erhebliche Parkplatzverknappung werden die Anwohnerinnen und Anwohner nunmehr mit ihren Pkw auf der Su-

che nach einer Parkmöglichkeit viel mehr und länger auf den Straßen im Kessenicher Norden und in Poppelsdorf unterwegs sein – jeden Tag.

Auch deswegen haben die Bewohnerinnen und Bewohner mit 70 verschiedenen Bürgeranträgen versucht, diese Politik der grün-linken Koalition zu verhindern. Aber die Anliegen der unmittelbar Betroffenen fanden gegenüber den einseitig radfahrorientierten Kommunalpolitikern kein offenes Ohr. Bürgernähe findet halt nur dort statt, wo sie ideologisch passt.

Und Fakt ist: Für den Radverkehr gibt es gute Wegeverbindungen durch das Viertel, sowohl über die breite Luisenstraße als auch über die breite Lotharstraße. Es besteht keine Notwendigkeit, die Julius-Plücker-Straße als Wegeverbindung zu befahren.

Aber nein, der nördliche Bereich der Julius-Plücker-Straße wird nun mit einem Halteverbot versehen, damit durch die dann erreichte Fahrbahnbreite der Radverkehr in beiden Richtungen zugelassen werden kann. Und die Verwaltung hat zugesagt, dass das Parken im Fahrbahnbereich jetzt auch nachhaltig durch



Nicole Bonnie

Vorsitzende der Bezirksfraktion Bonn

Kontrollen unterbunden wird.

Die CDU steht für ein Miteinander und ist gegen diesen unnötigen Parkraumzug, der dauerhaft zu hohen Belastungen für die Bewohnerinnen und Bewohner führt. Die Menschen in Bonn müssen in ihren Wohnvierteln ausreichend Parkraum finden, auch das gehört zum urbanen Leben dazu!

Impressum

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Bonn
Altes Rathaus am Markt
53103 Bonn

Telefon: 0228 77 38 10
eMail: cdu.ratsfraktion@bonn.de
Web: cduratsfraktion-bonn.de

Vi.S.d.P.: Christian Sieberg
Redaktion und Layout:
Christian Gold, Mareike Röhrich,
Stephanie Schulz

Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.



Für einen Sportpark in Beuel mit einer modernen Dreifachhalle für den Handballsport

Unser Stadtbezirk Beuel feiert im Leistungssport stetige Erfolge. Insbesondere beim Handballsport gibt es zwei erfolgreiche Vereine, die TSV Bonn rechtsrheinisch sowie die HSG Geislar-Oberkassel. Allein im TSV Bonn rechtsrheinisch spielen 28 Mannschaften mit über 500 handballbegeisterten Mitgliedern.

Seit längerem gibt es den Bedarf an einer neuen Dreifachhalle für den Stadtbezirk. Die Halle an der Ringstraße entspricht nicht den offiziellen Handballregeln des Deutschen Handballbundes. Hier kann nur durch eine Sondergenehmigung Handball gespielt werden.

Die 1. Damenmannschaft musste nach ihrem Aufstieg in die dritte Liga auf andere Hallen ausweichen. Mit den großen Erfolgen im Handball wächst auch das Interesse der sportinteressierten Zuschauerinnen und Zuschauer.

Das heutige Platzangebot von 120 Sitzen kann den Bedarf bei Weitem nicht decken. Deshalb gibt es seitens der TSV Bonn rechtsrheinisch den Wunsch, eine Dreifachhalle für den Handballsport zu errichten.

Bedarf seit dem Sportentwicklungsplan 2018 bekannt

Auch der 2018 verabschiedete Sportentwicklungsplan kommt zu dem Ergebnis, dass in Beuel eine Dreifachhalle für den Handballsport gebaut werden müsste. Bereits 2020 wurde deshalb die Verwaltung beauftragt, eine Machbarkeitsstudie für zwei Standorte zu erstellen. Seitdem ist leider wenig passiert. Die Ergebnisse sind bislang nicht veröffentlicht worden.

Ein Sportpark Beuel könnte am Franz-Elbern-Stadion entstehen

Von großem Interesse ist der heutige Standort Ringstraße zum Franz-Elbern-Stadion. Dort könnte eine moderne, den Handballregeln entsprechende Dreifachhalle mit Tribüne und einer Kapazität von 500 Plätzen gebaut werden. Dazu müsste die 400 Meter Rundlaufbahn entfallen. Besonders spannend hierbei: Das gesamte Areal bis hin zur Erwin-Kranz-Halle könnte zu einem Sportpark Beuel entwickelt werden. Die CDU unterstützt die Idee einer Dreifachhalle an diesem Standort ausdrücklich und wird dafür sorgen, dass es endlich in Sachen Dreifach-



Marco Rudolph

Vorsitzender der Bezirksfraktion Beuel

halle weitergeht. Schließlich stehen nach einer Machbarkeitsstudie und einem Entscheid für den Standort im Beueler Zentrum weitere Planungen an und der Bebauungsplan müsste in einem Verfahren angepasst werden, um Baurecht zu schaffen. Und wenn die nächsten Schritte angepackt werden, steigt die Motivation bei den Spielerinnen und Spielern und beflügelt den Handballsport in Beuel weiter zu neuen Spitzenleistungen.

Impressum

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Bonn
Altes Rathaus am Markt
53103 Bonn

Telefon: 0228 77 38 10
eMail: cdu.ratsfraktion@bonn.de
Web: cduratsfraktion-bonn.de

Vi.S.d.P.: Christian Sieberg
Redaktion und Layout:
Christian Gold, Mareike Röhrich,
Stephanie Schulz

Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.



Bad Godesberg stärken!

Bürgerdienste ausbauen | Fitnessanlage | Öffnungszeiten Rüngsi

Mehr Bürgerdienste in Bad Godesberg

Auf Antrag der CDU-Fraktion hat die Bezirksvertretung Bad Godesberg beschlossen, das Dienstleistungsangebot für Bürgerinnen und Bürger im Bezirksrathaus weiter auszubauen. Die grundlegenden Anliegen des Dienstleistungszentrums aus den Bereichen Einwohnerwesen, KFZ- und Führerscheineangelegenheiten sollen dauerhaft auch in Bad Godesberg vorgenommen werden können. Auch das Terminangebot soll ausgebaut werden.

Weitere Beschlüsse auf Antrag der CDU betreffen die Sanierung der Godesburg, der Kurfürstlichen Zeile und der Musikschule. Außerdem hat die Bezirksvertretung mehr Mittel für die Bad Godesberger Vereine beschlossen.

Im Stadtrat könnten diese und weitere Verbesserungen für Bad Godesberg allerdings noch am Votum der Oberbürgermeisterin und ihrer grün-linken Koalition scheitern. „Nette Worte reichen nicht“, erklärt Rösken. „Das Abstimmungsverhalten wird zeigen, wie Oberbürgermeisterin und Koalition zu Bad Godesberg stehen.“

Fitnessanlage und Sportbox für Bad Godesberg

Die Rigal'sche Wiese erhält eine Fitnessanlage. Es soll Geräte für Kinder, Jugendliche und Erwachsene aller Altersgruppen geben. Besonders bemerkenswert: Die Anlage soll inklusiv gestaltet werden und zum Beispiel über ein Rolli-Trampolin verfügen. Außerdem erhält der Kurpark eine Sportbox. So werden zwei zentrale Flächen in Bad Godesberg aufgewertet und in ihrer Nutzbarkeit erweitert. Bereits Anfang 2022 hatte die CDU beantragt, eine entsprechende Fitnessanlage in Bad Godesberg aufzustellen.

„Wir freuen uns, dass dies nun mit Mitteln des NRW-Förderprogramms „Moderne Sportstätte 2022“ möglich wird.“

Verlängerung Freibadsaison Rüngsi

Oberbürgermeisterin Katja Dörner (Grüne) lehnt die Verlängerung der Saison für das Panoramabad Rüngsdorf ab. Einen entsprechenden Beschluss der Bezirksvertretung Bad Godesberg hat die Verwaltungschefin beanstandet. Begründet wird diese Entscheidung damit, dass es sich um ein Geschäft der laufenden Verwaltung handeln soll. Das sieht die CDU-Fraktion anders. Schließlich hat die Verwaltung selbst auf den zusätzlichen Energiebedarf und



Jens Rösken

Vorsitzender der Bezirksfraktion

Bad Godesberg

die damit verbundenen Kosten hingewiesen. Für die Verlängerung der Freibadsaison ist zudem weiteres Personal notwendig. All das spricht deutlich gegen eine Entscheidung, die ausschließlich in die Zuständigkeit der Verwaltung fällt. Die Argumente, die von Frau Dörner seit Monaten gegen die Verlängerung der Freibadsaison genannt werden, zeigen deutlich, dass es sich um eine politische Entscheidung handelt.

„Wir lassen uns davon nicht beirren und kämpfen weiter für mehr Schwimmzeiten in Bad Godesberg“, so Rösken.

Impressum

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Bonn
Altes Rathaus am Markt
53103 Bonn

Telefon: 0228 77 38 10
eMail: cdu.ratsfraktion@bonn.de
Web: cduratsfraktion-bonn.de

Vi.S.d.P.: Christian Sieberg
Redaktion und Layout:
Christian Gold, Mareike Röhrich,
Stephanie Schulz

Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.



Haushaltsentwurf ist kein großer Wurf für den Hardtberg

Die Beratungen des Doppelhaushaltes 2023/2024 stehen unter keinem guten Stern. Dies liegt nicht nur an den erheblichen Kostensteigerungen für Energie, Baustoffe etc. sowie den gestiegenen Zinsen. Ursächlich dafür sind maßgeblich falsch gesetzte Prioritäten und Entscheidungen der Oberbürgermeisterin und ihrer Verwaltung und der damit verbundenen massiven Neuverschuldung der Stadt Bonn. Dies schlägt bis auf die Finanzierung von Maßnahmen im Stadtbezirk Hardtberg durch.

Wie sich aus der Stellungnahme der Verwaltung auf den Änderungsantrag der CDU-Bezirksfraktion für die Beratung des Haushaltes in der Bezirksvertretung Hardtberg ergibt, werden Investitionen vor Ort im Stadtbezirk Hardtberg kaum oder gar nicht gefördert. Angesichts des einstimmigen Beschlusses der Bezirksvertretung, das Hardtbergbad zum Familienbad auszubauen, werden lediglich in einem Sammelposten für den gesamten Bäderetat der Stadt Mittel veranschlagt, die wenn überhaupt gerade mal für einen Teil der Sanierungsmaßnahmen des Hardtbergbades ausreichen dürften. Angesichts der angespannten Wohnungslage und der Ankündigung, mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen zu wollen,

ist es nicht nachvollziehbar, dass für Bauplanungen auf dem Gebiet „An den Lappenstrünken“ an der Provinzialstraße fast keine Haushaltsmittel eingestellt sind.

Auch für die ehrenamtliche Arbeit des Vereins „Hardtberg Kultur“ sowie der Initiative Stadtteilkultur Brüser Berg hat der Etat wenig bzw. gar nichts übrig. Die Zuwendung an den Verein Hardtberg Kultur wird gerade ausreichen, um das Gebäude des Kulturzentrums zu bewirtschaften. Für die kulturelle Arbeit wird da kaum etwas übrig bleiben. Haushaltsmittel zur Stärkung des Stadtordnungsdienstes sowie einer schnellen Eingreifgruppe für mehr Sicherheit und Sauberkeit im Bezirksrathaus Hardtberg sind ebenfalls Fehlanzeige. Es ist nicht erkennbar, dass das Bezirksrathaus als Dienstleistungsstandort ausgebaut werden soll. Anstatt den Stadtbezirk Hardtberg konzeptionell weiter voranzubringen, setzt die Oberbürgermeisterin lieber auf mehr Bürokratie und Personalzuwachs im Stadthaus und einige Großprojekte, wie den Seilbahnbau als auf die Ortsteilplanung und ein aktuelles Stadtentwicklungskonzept für den Stadtbezirk Hardtberg.

Die angeblich für diese Themen eingeplanten Haushaltsmittel tragen



Bert Justus Moll

Vorsitzender der Bezirksfraktion Hardtberg

keine konkrete Zweckbestimmung und können jederzeit für andere Ausgaben verwendet werden. Dies wird die CDU-Bezirksfraktion Hardtberg nicht mitmachen, sagt ihr Fraktionsvorsitzender Bert Justus Moll. Es bleibt zu hoffen, dass die immer wieder beschworene Solidarität für den Hardtberg bei den anderen Fraktionen in der Bezirksvertretung zu einem Umdenken und einer Änderung des Haushaltsentwurfs im Sinne der Bürgerinnen und Bürger unseres Stadtbezirks führen wird.

Impressum

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Bonn
Altes Rathaus am Markt
53103 Bonn

Telefon: 0228 77 38 10
eMail: cdu.ratsfraktion@bonn.de
Web: cduratsfraktion-bonn.de

Vi.S.d.P.: Christian Sieberg
Redaktion und Layout:
Christian Gold, Mareike Röhrich,
Stephanie Schulz

Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.